

# «Gute Politik wird mit mehr Zuwanderung bestraft»

Zuwanderer werden in der Schweiz gegenüber Einheimischen bevorzugt, sagt Reiner Eichenberger. Hier erklärt der Wirtschaftspräsident, wie wir mehr Gerechtigkeit schaffen können.

Marcel Odermatt

**Weltwoche:** Herr Eichenberger, bei den Verhandlungen mit der EU ist die Zuwanderung ein grosser Knackpunkt. Der Staatenbund will der Schweiz bei der Personenfreizügigkeit nicht entgegenkommen. Eine einseitige Schutzklausel sei für die EU inakzeptabel, heisst es aus Brüssel. Warum das?

**Reiner Eichenberger:** Schutzklauseln sind gemäss den bestehenden Verträgen diskriminierend. Nach der Definition der EU bedeutet die Personenfreizügigkeit die Freiheit, in einem anderen Land als dem eigenen zu arbeiten und zu leben. Eine Ventilklausel schränkt diese Freiheit ein, verletzt die Gleichbehandlung. Sie ist daher nicht mit dem EU-Recht vereinbar. Sie würde aber auch der Schweiz kaum etwas bringen.

**Weltwoche:** Weshalb?

**Eichenberger:** Die meisten Befürworter von Schutzklauseln wollen nicht die heutige Zuwanderung senken, sondern nur bei allfälligen krisenhaften Entwicklungen eingreifen. Doch die Zuwanderung bringt keine plötzliche Krise. Vielmehr senkt das langjährige schnelle Bevölkerungswachstum – in zwanzig Jahren über 20 Prozent – unsere Lebensqualität beziehungsweise lässt diese langsamer wachsen, als sie ohne Personenfreizügigkeit wachsen würde. Das schnelle Bevölkerungswachstum verknappt und verteuert den Boden, den Wohnraum, die Bildung, die Gesundheitsleistungen, die Energie, die Infrastruktur, die Selbstversorgung, die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und so weiter, und es schädigt die Umwelt. So sinkt die Lebensqualität auf das Niveau der Nachbarländer.

**Weltwoche:** Umgekehrt kann man festhalten, dass auch Schweizer in Europa arbeiten und leben können.

**Eichenberger:** (Lacht) Versuchen Sie einmal, in Italien einen Job und eine Wohnung zu finden. Der Kündigungsschutz ist so ausgeprägt, dass Ausländer kaum eine Chance haben, auf dem italienischen Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Alles ist überreguliert. Aber jeder Politiker im *bel paese* weiss: Schafft man die Regulierungen ab,

stehen die Italiener plötzlich im Wettbewerb mit den Osteuropäern. Deshalb lässt er die Finger davon. Die Personenfreizügigkeit trägt dazu bei, dass Europa wirtschaftlich an Boden

*«Die Zuwanderer sind überzeugt, dass die Schweiz die besseren Zukunftsaussichten hat.»*

verliert. Jedes Land hat die Wahl: mehr Regulierung zum Schutz der Arbeitnehmer oder Zuwanderungsdruck. Das ist die Folge, wenn man die Personenfreizügigkeit in Staaten einführt, die ganz unterschiedlich leistungsfähig sind.

**Weltwoche:** Für die Schweiz eine bittere Pille. Die Zuwanderung wird erst zurückgehen, wenn sich das Land dem Niveau der EU angeglichen hat.

**Eichenberger:** Ja, das ist leider wahr: Wenn die Schweiz eine bessere Politik macht als die EU-Länder, wird sie wegen der Personenfreizügigkeit mit noch mehr Zuwanderung bestraft. Entscheidend ist dabei nicht nur das Hier und Jetzt. Die Zuwanderer sind überzeugt, dass die Schweiz die besseren Zukunftsaussichten hat: Die Wohlstandsunterschiede sind immer noch gross, und das politische System mit direkter Demokratie und kleinerer Dezentralisierung garantiert auch



«Alle gleichbehandeln»: Eichenberger.

für die Zukunft gute Ergebnisse – wenn Bern und Brüssel nicht noch mehr Einfluss gewinnen.

**Weltwoche:** Würden Schweizer Unternehmen auch genügend Leute finden, wenn es die Personenfreizügigkeit nicht gäbe?

**Eichenberger:** Ich würde es anders formulieren. Ohne Personenfreizügigkeit müssten die Unternehmen nicht so viele Arbeitskräfte rekrutieren, wie sie es heute tun. Es ist völlig naiv zu behaupten, die Zuwanderung lindere den Fachkräftemangel. Sie verschärft den Fachkräftemangel. Ein Beispiel: Ein Ehepaar kommt mit zwei Kindern in die Schweiz. Zusammen arbeiten sie vielleicht 1,5 Mannjahre. Aber allein für den Bau ihrer Wohnung für 800 000 bis 1 Million Franken sind acht Mannjahre Arbeit nötig. Jeder, der kommt, braucht eine Wohnung, Strassen, medizinische Versorgung und vielleicht sogar eine Putzfrau, wenn er so viel arbeitet, wie behauptet wird. Immer mehr Einwanderung bedeutet immer noch mehr Einwanderung.

**Weltwoche:** Kritiker wenden ein, dass die Bevölkerung immer älter werde und die Babyboomer in Rente gehen. Deshalb sei die Wirtschaft auf Zuwanderung angewiesen.

**Eichenberger:** Sorry, aber das ist völlig falsch. Denn auch wenn die Alten in Pension gehen, bringt Zuwanderung nur noch mehr Fachkräftemangel. Der Allgemeinheit bringen finanziell gesehen nur jene Zuwanderer etwas, die unter dem Strich mehr an den Staat und die Sozialversicherungen zahlen, als sie von diesen erhalten. Ob Schweizer oder Ausländer: Das trifft nur für Leute zu, die weit überdurchschnittlich verdienen. Dasselbe gilt für den Trugschluss, die Schweiz brauche mehr Kinder. Nein, braucht sie nicht. Sie braucht mehr Kinder, die eines Tages einen Job haben, bei dem sie mehr an die Allgemeinheit zahlen, als sie von ihr beziehen. Die Lösung des Demografieproblems ist aber ganz einfach. Die Alten müssen länger arbeiten. Freiwillig. Dafür müssen wir die Steuern auf Arbeit ab 66 oder 67 massiv senken.

**Weltwoche:** Mehr Menschen bedeuten also nicht mehr Wohlstand.



«Es ist Zeit, der EU reinen Wein einzuschenken»: Corrado Giaquinto «Allegorie des Friedens und der Gerechtigkeit», 1753 – 1754.

**Eichenberger:** Das ist richtig. Sonst wären Indien und China superreich, und Liechtenstein, Luxemburg und Monaco mausarm. Das ist aber nicht der Fall. Es geht immer darum, wie viel Wohlstand pro Kopf übrigbleibt. Und da sieht die Bilanz der Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 leider schlecht aus. Die einheimische Bevölkerung hat von der Personenfreizügigkeit nicht profitiert. Das heisst nicht, dass die Wirtschaft nicht wächst. Mit der Bevölkerung wächst auch das Gesamteinkommen. Aber für den Einzelnen bleibt weniger, als ohne Personenfreizügigkeit bliebe.

**Weltwoche:** Wenn man die Verlautbarungen des Bundesrats und der Verwaltung hört, bekommt man einen ganz anderen Eindruck. Schummeln diese Leute?

**Eichenberger:** Nein, nein, ihr Blick ist nur völlig einseitig. Sie starren nur auf den Arbeitsmarkt. Das jährliche Observatorium zum Freizügigkeitsabkommen hat den offiziellen Auftrag, die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Arbeitsmarkt zu untersuchen und nichts anderes. Das Ergebnis ist immer das Gleiche. Schaut her, die Arbeitslosigkeit ist tief, alles ist gut. Alles andere wird ausgeblendet. So wird die Diskussion von Politik und Verwaltung seit Jahren unterdrückt und verhindert. Und sie scha-

det auch bei den Verhandlungen zwischen Brüssel und Bern. Die EU-Funktionäre können darauf hinweisen, dass in der Schweiz ja alles zum Besten steht – gemäss den Scheuklappenstudien des Bundes.

**Weltwoche:** Sie fordern nun, dass Zuwanderer einen monetären Beitrag leisten – ein Eintrittsticket kaufen sozusagen.

**Eichenberger:** Das heutige System ist ungerecht. Die Einwanderung verursacht hohe Kosten zu Lasten der Allgemeinheit. Neh-

*«Die Lösung des Demografieproblems ist ganz einfach. Die Alten müssen länger arbeiten. Freiwillig.»*

men wir dazu als Beispiel die Abstimmung vom 24. November über den Autobahnausbau. Die Ausgaben werden auf 4,9 Milliarden Franken beziffert. Dieses Geld wird gebraucht, um die Nationalstrassen auszubauen, weil sie wegen der Zuwanderung aus allen Nähten platzen. Das bedeutet, dass all die bisherigen Einwohner dafür bezahlen müssen, dass sie wieder mit weniger Stau fahren können – und die Schweiz für zukünftige Zuwanderung und damit neue Staus noch attraktiver wird. Da wäre es höchst sinnvoll, wenn

die Zuwanderer die von ihnen verursachten Kosten übernehmen.

**Weltwoche:** Sie sprechen von einer sogenannten Kurtaxe. Was wäre ein gerechter Beitrag?

**Eichenberger:** Wir vertreten eine Aufenthaltsabgabe für Neuzuwanderer von wenigstens 3000 bis 5000 Franken pro Jahr pro Person während fünf Jahren. Aber auch deutlich mehr ist leicht zu rechtfertigen. Mit Betonung auf «pro Person». Denn auch Leute, die nicht arbeiten, nutzen die Infrastruktur, brauchen Ärzte und Schulen. Dann würde es sich jeder überlegen, ob es ihm das wert ist. Dadurch würden mehr Leute hierherkommen, die der Schweiz etwas bringen wollen und können.

**Weltwoche:** Würden nicht viele sagen, dass sich ein Aufenthalt nicht mehr lohnt?

**Eichenberger:** Nehmen wir einen Deutschen. Kaufkraftbereinigt verdient er in der Schweiz 35 Prozent mehr als in seiner Heimat. Bei einem Franzosen sind es sogar 50 Prozent. Zudem zahlen hier Normalverdiener viel weniger Steuern. Der Bruttogewinn eines durchschnittlichen Zuwanderers ist also irgendwo um die 30 000 bis 50 000 Franken pro Jahr. Eine Aufenthaltsabgabe würde deshalb die Zuwanderung nur senken und lenken, niemals aber stoppen.

>>>

## Asyl-Trickli der Euroturbos

Schon bald könnte Bundespräsidentin Viola Amherd (Die Mitte) nach Brüssel reisen, um den Vertrag mit der EU zu unterzeichnen. Während die Gegner des Rahmenabkommens – SVP und Kompass-Initianten – längst in den Startlöchern stehen, überlegen sich nun auch die Befürworter eines Beitritts, wie sie die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugen können. Dabei zeichnet sich eine neue Strategie ab. Um Herrn und Frau Schweizer zu einem Ja zu bewegen, soll den Leuten ein Zückerchen verabreicht werden. Man hat erkannt, dass es viele Menschen satthaben, dass der Rechtsstaat im Flüchtlingsbereich seit Jahren ausgeschaltet ist. Egal, ob jemand an Leib und Leben verfolgt wird oder nicht, die Wahrscheinlichkeit, dass er hierbleiben darf, ist gross.

Diesem Missstand will die Wirtschaft nun entgegenwirken. Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder: «Das Thema Zuwanderung treibt die Menschen um. Diese Sorgen sind ernst zu nehmen. Aus Sicht der Wirtschaft sind insbesondere auch Massnahmen im Bereich der nicht arbeitsmarktbezogenen Migration, konkret im Asylbereich, unabdingbar.» Es brauche «so rasch wie möglich» griffige Massnahmen. Denn für den Chef des Unternehmerdachverbandes ist klar: «In der Wahrnehmung der Bevölkerung ist nicht die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt das Problem, sondern die Lage im Asylbereich.» Sprich: Das Chaos im Flüchtlingswesen muss behoben werden, um den Boden für eine Abstimmung über die Neuauflage des Rahmenabkommens zu bereiten. Unterstützung bekommt Mäder vom Tessiner Mitte-Ständerat Fabio Regazzi, der den Schweizerischen Gewerbeverband präsidiert: «Es braucht im Bereich Asylpolitik dringend griffigere Massnahmen. Würden sie umgesetzt, könnten die Chancen für die Bilateralen III verbessert werden.»

Es wird interessant sein zu beobachten, ob sich die Wirtschaftsorganisationen durchsetzen und Mitte und FDP darauf verpflichten, dem Asyl-Schlendrian der vergangenen Jahrzehnte entgegenzutreten. Ob das reicht, die Chancen des Rahmenabkommens 2.0 tatsächlich zu verbessern, steht auf einem anderen Blatt.

Marcel Odermatt

**Weltwoche:** Diese Massnahme wäre aber wie die Ventilklausel nicht mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen vereinbar.

**Eichenberger:** Ja, sie wäre wie die Ventilklausel oder die Kontingente – wie sie die SVP vorschlägt – diskriminierend und würde die bilateralen Verträge verletzen.

**Weltwoche:** Was würden Sie mit dem Geld machen?

**Eichenberger:** Steuererleichterungen für die Menschen. Das Geld sollte an die Menschen im Land zurückfliessen. Schliesslich haben sie mit ihren Zahlungen an den Fiskus dazu beigetragen, dass die Schweiz so attraktiv ist, dass Neuzuzüger angezogen werden.

**Weltwoche:** Gäbe es auch eine Variante, die mit der Personenfreizügigkeit vereinbar wäre und die Zuwanderung reduzieren würde?

**Eichenberger:** Ja, das leistet unser neuer Vorschlag. Wir wollen ja alle gleichbehandeln: Ausländer und Inländer, Frauen und Männer. Das macht die Lösung ganz einfach. Heute gibt es eine Zwangsabgabe nur für die Schweizer Männer: die Wehrpflicht. Sie umfasst 245 Tage – das ist mehr als ein Arbeitsjahr. Je nach Ausbildung bedeutet dies für diese Männer einen gegenwärtigen und zukünftigen Lohnausfall von 80 000 bis 110 000 Franken. Zieht man Erwerbersatz und Sold ab, bleibt immer noch ein Verdienstaufschlag von 50 000 bis 80 000 Franken.

**Weltwoche:** Das ist Geld, das auch Migrantinnen und Migranten bezahlen müssen?

**Eichenberger:** Ja, alle sollten einen solchen «Gesellschaftsbeitrag» leisten. Jeder erwachsene Mann oder Frau, gleich ob Migrant, hier lebender Ausländer oder Schweizer, kann sich entscheiden: Entweder leistet er oder sie Militärdienst, gemeinnützige Arbeit oder eine entsprechende finanzielle Abgeltung.

**Weltwoche:** Aber die Frauen wären wohl dagegen?

**Eichenberger:** Hier greift das zweite Element des Vorschlags: Alle Kinder, die hier aufwachsen, erhalten pro Jahr 3000 Franken auf ein Grundkapitalkonto gutgeschrieben, plus Zinsen. Dann haben sie mit achtzehn rund 65 000 Franken. Damit können sie bis 25 nur dreierlei bezahlen: ihre eigenen Steuern, Gebühren für Weiterbildung oder ihren Gesellschaftsbeitrag. Den Rest können sie ab 25 frei verwenden.

**Weltwoche:** Aber würde das Brüssel akzeptieren?

**Eichenberger:** Das können wir einseitig einführen. Es ist vereinbar mit der Personenfreizügigkeit. Es werden nun endlich alle gleichbehandelt. Zudem sind in der EU monetäre Massnahmen viel beliebter als nichtmonetäre wie Kontingente. So war die EU beim alpenquerenden Schwerverkehr nur bereit, eine Transitabgabe zu akzeptieren, aber keine Kontingente. Zudem kann man bei finanziellen Lösungen auch anbieten, einen Teil – zum Bei-

spiel ein Fünftel – der Einnahmen an die EU abzuliefern. Wetten, dass dann Brüssel alles viel besser verstehen würde? Zudem hat die EU gerade auch eine andere Zuwanderungssteuer kommentarlos anerkannt, die 13. AHV-Rente.

**Weltwoche:** Was meinen Sie damit?

**Eichenberger:** Der Zuwandereranteil ist heute unter den Arbeitstätigen höher als unter den Rentnern. Die AHV bringt deshalb eine Umverteilung von Zuwanderern zu Schweizern, und die Zusatzrente erhöht diese Umverteilung noch.

**Weltwoche:** Zurück zu den Verhandlungen mit der EU. Bundespräsidentin Viola Amherd dürfte bald nach Brüssel reisen, um die Neuauflage des Rahmenabkommens zu unterzeichnen. Ein guter Entscheid?

**Eichenberger:** Nein, absolut nicht. Ich bin gegen das anvisierte Abkommen. Entgegen der Meinung mancher Politiker, Wirtschaftsführer und Intellektueller ist die Schweiz ein Sonderfall – was das politische System betrifft, mit der direkten Demokratie, dem Föderalismus, dem

*«Mit dem EU-Vertrag sagen wir ja dazu, dass jeder Bürger eines EU-Landes kostenlos einwandern kann.»*

Einbezug aller wichtigen Kräfte in die Regierung. Dadurch spielt zum Beispiel die SVP eine ganz andere Rolle als etwa die AfD in Deutschland. Auch bei den wirtschaftlichen Freiheiten hat sich das Land anders positioniert als andere europäische Nationen. Die Schweiz muss selbst dafür sorgen, dass sie diese einzigartige Position halten und den Vorsprung bewahren kann. Eine institutionelle Einbindung wäre daher der falsche Schritt. Es ist Zeit, der EU klaren Wein einzuschenken und mitzuteilen, dass die Schweiz ihre Selbständigkeit bewahren will.

**Weltwoche:** Im Moment wird über die Kompass-Initiative diskutiert. Ein Anliegen, das Sie unterstützen können?

**Eichenberger:** Ja, auf jeden Fall. Stellen Sie sich vor, wir unterzeichnen diesen Vertrag mit der EU. Dann sagen wir noch einmal ja zur Personenfreizügigkeit. Wir sagen noch einmal ja dazu, dass jeder Bürger eines EU-Landes kostenlos einwandern kann. Das brächte der Schweiz grössten Schaden – und würde von den klügeren EU-Politikern nicht verstanden. Denn sie wissen, dass sie längst abgewählt worden wären, wenn ihr Land ein so starkes zuwanderungsgetriebenes Bevölkerungswachstum wie die Schweiz gehabt hätte. Deshalb begrüsse ich alle Bemühungen, die eine Diskussion in Gang bringen, wie die Schweiz beim Europa-Thema weitermachen soll. Erst recht, wenn sie das so wie die Kompass-Initiative genau richtig und schweizerisch über die Verbesserung der demokratischen Entscheidungsprozesse erreichen wollen.